

Referendum unterschreiben!

2014 hat die Bevölkerung den Kauf neuer Kampffjets für 3,1 Milliarden Franken deutlich abgelehnt. Nun versucht die Rüstungslobby erneut, eine Neubeschaffung von Kampffjets durchzudrücken. Verhindern wir es!

Der Bundesrat hat im Mai 2019 seinen definitiven Plan präsentiert: Für sechs Milliarden Franken will er neue Kampfflugzeuge beschaffen. Zudem will er weitere zwei Milliarden Franken für eine neue bodengestützte Luftverteidigung (Bodluf) und weitere sieben Milliarden Franken für neue Bodensysteme (Panzer, Artillerie, etc.) ausgeben. Kurz: In den nächsten Jahren sollen 15 Milliarden Franken in die militärische Aufrüstung investiert werden - das teuerste Rüstungsprojekt der Schweizer Geschichte.

Blankoscheck von 24 Milliarden Franken

Dies geht auch nicht spurlos am Schweizer Bundeshaushalt vorbei: Das Armeebudget, welches heutzutage jährlich fünf Milliarden Franken beträgt, soll jedes Jahr um real 1,4 Prozent erhöht werden. Voraussichtlich beträgt das Armeebudget darum Anfang der 2030er Jahre sechs Milliarden Franken - gleichzeitig wird in anderen Bereichen wie beispielsweise bei den Prämienverbilligungen gespart. Massnahmen gegen die Klimakrise werden von den rechten Kräften genauso als „zu teuer“ verschrien wie eine angemessene Elternzeit oder eine Arbeitszeitverkürzung. Aber bei Aufrüstung verlieren die Bürgerlichen sämtliche Zurückhaltung - da darf es dann auch jederzeit noch ein wenig mehr sein.

Da der Bundeshaushalt als Ganzes finanziell begrenzt ist, hat ein Ausgabenwachstum in einem Departement stets auch Abbaupakete in anderen Departementen zur Folge. Darunter leiden werden diejenigen Bereiche, welche im Alltag der Bürger*innen ganz konkrete Auswirkungen haben, sei dies in der Bildung, im Gesundheitswesen, bei der öffentlichen Sicherheit, in der Kultur oder bei den Sozialversicherungen. Dieses Geld für unnötige Kampffjets auszugeben, ist verantwortungslos. Während der Bundesrat für den Kauf neuer Kampffjets einen referendumsfähigen Planungsbeschluss vorgelegt hat, werden die anderen Ausgaben nur im Parlament diskutiert. Allerdings werden die Stimmbürger*innen auch bei der Beschaffung der Kampfflugzeuge nicht angemessen miteinbezogen: Die Stimmbevölkerung soll bis zur Abstimmung über die Anzahl der Jets, über den Kampffjet-Typ wie auch über die konkreten Kosten der zu beschaffenden Flugzeuge im Dunkeln gelassen werden. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist darum ein Blankoscheck für das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) in der Höhe von sechs Milliarden Franken - und für die gesamte Lebensdauer der Jets sogar in der Höhe von 24 Milliarden Franken.

Unnötige Beschaffung

Im internationalen Vergleich ist die Schweizer Luftwaffe auch nach der Ausmusterung der 54 F-5 Tiger sehr gut gerüstet. Österreich ist als allianzfreies Land auch von der Grösse her mit der Schweiz vergleichbar. Der östliche Nachbar verfügt über gerade mal 15 Kampffjets. Irland - ebenfalls nicht Nato-Mitglied - verfügt über gar keine Kampfflugzeuge. Laut VBS hat die Schweiz bis mindestens 2035.30 F/A-18 im Einsatz. Diese sind für die Erfüllung des luftpolizeilichen Auftrags bestens ausgestattet: Sie wurden 2008 für 404 Millionen Franken modernisiert. Zudem wollen Bundes- und Ständerat sie bis 2020 nochmals für 450 Millionen Franken auf den neusten Stand der Technik bringen.

Ökologisch katastrophal

Der Klimawandel stellt unumstritten die grösste Bedrohung für die Menschheit dar. In Anbetracht dieser Tatsache erscheint der Kauf neuer, massiv umweltschädlicher Milliarden-Kampffjets höchst fragwürdig. Kampfflugzeuge sind nicht nur teuer, sondern auch energieintensiver als jede andere Art von Objekten, die in unserem Luftraum fliegen. In einer einzigen Flugstunde verbraucht ein F/A-18 durchschnittlich 4850 Liter Kerosin, was zu einer Emission von 12220kg CO₂ führt. Die Umweltauswirkungen für eine Flugstunde mit einem F/A-18 sind vergleichbar mit den Emissionen einer Autofahrt von 100'000 Kilometern entspricht, zweieinhalb Mal um den Erdball. In Angesicht der Klimakrise, die die Lebensgrundlage von Millionen Menschen zerstören wird und bereits zerstört, zeigt sich ausserdem ganz klar, dass unsere aktuelle Auffassung von Sicherheitspolitik absurd ist. Was können Kampffjets schon gegen die drohenden Dürren ausrichten? Gegen das Artensterben? Oder gegen den steigenden Meeresspiegel? Was nützt Aufrüstung, um verheerende Brände wie aktuell in Australien zu verhindern?

Nein, wir brauchen eine neue Sicherheitspolitik, die Massnahmen gegen die Klimakrise genauso in den Vordergrund stellt wie die soziale Sicherheit und Armutsbekämpfung. Und ganz sicher brauchen wir keine neuen Kampffjets für 24 Milliarden Franken! Unterschreib auch du das Referendum gegen die Kampffjet-Milliarden - ein vorfrankierter Unterschriftenbogen liegt bei!

Nadia Kuhn.

Vorwärts, 17.1.2020.

Vorwärts > Kampffjet-Referendum. Vorwaerts, 2020-01-17